



Stadt Eschweiler
Der Bürgermeister
512 Abteilung für Kinder- und Jugendförderung

Vorlagen-Nummer

102/07

1

Sitzungsvorlage

Datum: 08. Mai 2007

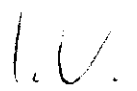
Beratungsfolge			Sitzungsdatum	TOP
1. Beschlussfassung	Jugendhilfeausschuss	öffentlich	12.06.2007	
2. Beschlussfassung	Haupt- und Finanzausschuss	öffentlich	13.06.2007	
3.				
4.				

Teilhabe von Jugendlichen an politischen Entscheidungen

hier: Antrag der Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 29.01.2007

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird beauftragt, die im Antrag der Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 29.01.2007 dargelegten Schritte zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen umzusetzen und die dafür notwendigen personellen Voraussetzungen zu schaffen, indem ab dem 1.10.2007 eine Fachkraft mit einer halben Personalstelle eingestellt wird.

A 14 - Rechnungsprüfungsamt ☐ gesehen ☐ vorgeprüft		Unterschriften 	
1	2	3	4
☐ zugestimmt ☐ zur Kenntnis genommen ☐ abgelehnt ☐ zurückgestellt	☐ zugestimmt ☐ zur Kenntnis genommen ☐ abgelehnt ☐ zurückgestellt	☐ zugestimmt ☐ zur Kenntnis genommen ☐ abgelehnt ☐ zurückgestellt	☐ zugestimmt ☐ zur Kenntnis genommen ☐ abgelehnt ☐ zurückgestellt
Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis
☐ einstimmig	☐ einstimmig	☐ einstimmig	☐ einstimmig
☐ ja	☐ ja	☐ ja	☐ ja
☐ nein	☐ nein	☐ nein	☐ nein
☐ Enthaltung	☐ Enthaltung	☐ Enthaltung	☐ Enthaltung

Sachverhalt

1. Die Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben mit Schreiben vom 29.01.2007 einen Antrag gestellt (siehe Anlage), indem verschiedene Elemente einer Beteiligung von Kindern und Jugendlichen dargelegt sind.
2. Unter der Überschrift „Schaffung von Beteiligungsformen für Eschweiler Kinder und Jugendliche“ ist bereits mehrfach im Jugendhilfeausschuss dieses Thema beraten worden (siehe Vorlagen-Nrn. 285/06, 93/06, 284/05 u. 140/05).
3. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an sie betreffenden Entscheidungen (z.B. Schaffung eines Spielplatzes oder Treffpunktes) ist ein wichtiges Element innerhalb des politischen Sozialisationsprozesses (Demokratie, politische Strukturen, Regeln u. Entscheidungen, gesellschaftliches Engagement) junger Menschen.
Um diesen Prozess erfolgreich gestalten zu können, bedarf es jedoch einer intensiven personellen Begleitung. Diese ist durch den mobilen Jugendarbeiter ohne Beeinträchtigung seiner ursprünglichen Aufgaben nicht zu leisten. Von daher sind die im o.g. Antrag beschriebenen Maßnahmen ohne eine personelle Aufstockung nicht leistbar.
4. Im Hinblick auf die im o.g. Antrag gewünschte Aufstockung der mobilen/aufsuchenden Jugendarbeit um eine halbe Stelle sind gemäß Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 13.03.2007 5.000 € im Haushalt vorgesehen, um ab dem 4. Quartal 2007 das Personalangebot erweitern zu können. Im Zusammenhang mit den Haushaltsplanberatungen 2007 hat der Haupt- und Finanzausschuss beschlossen, das Aufgabengebiet Mobile Jugendarbeit mit 0,5 Stellenanteil aufzustocken.
Aus Sicht der Verwaltung sollte dies zunächst im Rahmen eines auf 18 Monate befristeten Arbeitsverhältnisses erfolgen, um nach Auswertung der dann vorliegenden Erfahrungen entscheiden zu können, ob der angenommene Bedarf für diese Stellenaufstockung dauerhaft gegeben ist.

Haushaltsrechtliche Betrachtung

- a) Im Hinblick auf die im Antrag aufgeführte personelle Aufstockung der mobilen/aufsuchenden Jugendarbeit wird bezüglich des Haushaltsjahres 2007 auf Punkt 4. verwiesen.
- b) Die jährlichen Kosten für eine halbe Personalstelle (Fachkraft im Bereich aufsuchender Jugendarbeit) belaufen sich auf rd. 22.500 €. Dieser Betrag müsste im Personalhaushalt 2008 bereitgestellt werden. Einsparungen voraussichtlich in Höhe von rd. 22.000 € ergeben sich aus der Reduzierung der kommunalen Fördermittel für die offenen Jugendeinrichtungen freier Träger (Ansatz 2007: 80.000 €, geplanter Ansatz 2008: 58.000 €).
- c) Der Ansatz des Sachkontos 5291800 *Besondere jugendpflegerische Maßnahmen in Stadtteilen* ist im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2007 von 4.000 € auf 6.500 € erhöht worden.

Anlage

Antrag der Ratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 29.01.2007

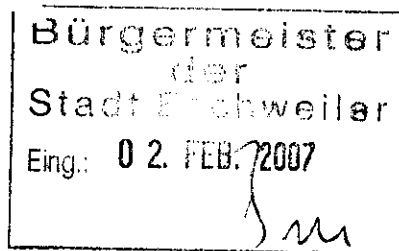
Fraktion Bündnis 90/

Die Grünen

im Rat der Stadt Eschweiler

SPD-Fraktion

im Rat der Stadt Eschweiler



Anlage

Stadt Eschweiler

Herrn Bürgermeister Bertram

Rathausplatz 1

52249 Eschweiler

Eschweiler, 29.01.2007

Teilhabe von Jugendlichen an politischen Entscheidungen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

das oben angeführte Thema wurde bereits ausführlich im Fachausschuss behandelt.

Wir nehmen die Ergebnisse der Arbeit des Herrn Krings und die Ausführungen der Verwaltung zum Thema „Teilhabe von Jugendlichen an sie betreffenden politischen Entscheidungen“ zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass der mit der Durchführung der Jugend-Stadtteilforen eingeleitete Prozess fortgeführt wird.

Allerdings soll aufgrund der bisherigen Erfahrungen das ursprüngliche Konzept dahingehend modifiziert werden, dass

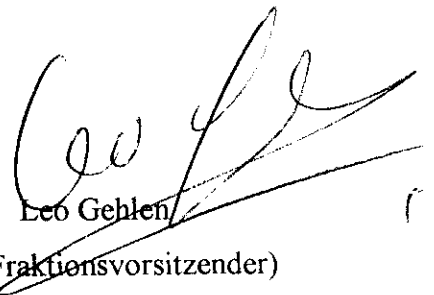
- die Einrichtung eines formellen Jugendparlamentes zurückgestellt wird
- die Stadtteilforen regelmäßig in allen 16 Bezirken/ Sozialräumen durchgeführt werden
- einmal pro Jahr ein Treffen der Sprecher der Stadtteilforen durchgeführt wird
- Mittel für konkrete Projekte, die von den Foren angeregt werden, zur Verfügung gestellt werden
- Politiker, wenn dies von den Jugendlichen konkret gewünscht wird, an den Foren und an den Sprechertreffen teilnehmen sollen
- die aufsuchende Jugendarbeit personell durch eine halbe Stelle aufgestockt wird und so in die Lage versetzt wird, die gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Mit freundlichen Grüßen



Franz-Dieter Pieta

(Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen)



(SPD-Fraktionsvorsitzender)